

Für eine politische Alternative

von Detlev Hensche

1.

Da sind wir also zusammengekommen, aus den unterschiedlichsten Bezügen: aus den Gewerkschaften wie aus Zusammenhängen, die den Gewerkschaften ferner stehen; aus den heiteren Gefilden der Wissenschaft die einen, aus dem harten praktischen und politischen Geschäft die anderen, manch einer mit zernarbten Armen aus früheren Kämpfen. Herkunft und manches mehr unterscheidet uns. Was uns jedoch verbindet: Wir haben weder resigniert, noch sitzen wir der Illusion auf, die Zeiten würden sich von selbst zum Besseren wenden. Nein, wir träumen nicht davon, aus dem Schoße der SPD oder der Bündnis Grünen würde gleichsam von selbst Neues erwachsen. Was uns eint, ist der Wille einzugreifen, der Doktrin der Alternativlosigkeit beherzt entgegenzusetzen: Es geht auch anders! Und was uns eint, ist der Mut des Davids, gegen den Goliath einer heimlichen Allparteien-Koalition anzukämpfen.

2.

Ein tollkühnes Unterfangen? Ich meine: Nein. Die Verhältnisse sind nicht so erdrückend ungleich, wie es manchmal scheint. So liefert uns die Politik derzeit fast täglich Argumente frei Haus.

1. Um nur einige Beispiele zu nennen: Kaum war Hartz IV verabschiedet, jene Krönung des "größten sozialpolitischen Reformwerkes in der Geschichte der Bundesrepublik", wie es der Kanzler genannt hat, müssen die Akteure kleinlaut zugeben, dass die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht. Die Verheißungen von Wachstum und Beschäftigung entpuppen sich als Scharlatanerie. Nebenbei: Die Arbeitslosigkeit steigt nicht trotz, sondern wegen jenes Reformwerkes. Seitdem wird fast täglich eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Finanzminister Eichel plädiert dafür, einen Feiertag zu streichen. Ich hätte den wirksameren Vorschlag, Silvester erst am 10. Januar zu feiern. Dann hätte das Jahr zehn Tage mehr, um in der Statistik eine Steigerung des Bruttosozialproduktes auszuweisen. Nichts anderes ist der Taschenspielertrick, auf einen Feiertag zu verzichten und damit die Berechnungsspanne zu verlängern.

BDA und CDU plädieren für längere Arbeitszeiten und kürzeren Urlaub. Jüngst machte der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Herr Walter, von sich reden mit dem konstruktiven Vorschlag, Raucher- und Teepause vom Lohn abzuziehen. Gäbe es eine Strafsteuer auf wirtschaftspolitischen Unfug, die Herren Walter, Rogowski, Sinn und Hundt wären arme Männer und Eichel hätte keine Haushaltsprobleme mehr.

2. Die Geschichte kennt Perioden kollektiver Umnachtung. Denken wir an die Hexenverfolgung zu Beginn der Neuzeit. Die politische Klasse ist auf dem Weg, sich jenem Zustand zu nähern. Wenn in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit denen, die Arbeit haben, längere Arbeitszeiten zugemutet werden, so ist dies ein Stück aus dem Tollhaus. Die unmittelbare Folge wird sein, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Man muss nicht Volkswirtschaft oder Politologie studiert haben, dies festzustellen, es genügen die Grundrechenarten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Angesichts der Arbeitslosigkeit ist allgemeine Arbeitszeitverkürzung das Gebot der Stunde.

Oder: Es ist staatlich organisierter Wahnsinn, unser Gemeinwesen zu einem Schrumpfstaat degenerieren zu lassen, in blinder Spar-Obsession auf Zukunftsinvestitionen zu verzichten, die öffentlichen Einrichtungen der Verwahrlosung anheim zu geben – und das Ganze als Beitrag zur Nachhaltigkeit zu verkaufen. Mit Verlaub: Unsere Kinder werden uns nicht fragen, wie hoch oder wie niedrig die Staatsquote ist. Sie werden uns daran messen, welche Schulen, Universitäten, kulturelle Einrichtungen, Systeme des öffentlichen Verkehrswesens, welche Umwelt wir ihnen hinterlassen.

Es ist ein Zeichen galoppierender Paranoia, in regelmäßigen Abständen den Entlassungsschutz aufzuweichen, sei es durch befristete Arbeitsverträge, sei es durch Einschränkung des Kündigungsschutzgesetzes, oder die Tarifbindung in Frage zu stellen. Und das in einem Land, dessen Wirtschaft auf Kreativität und Innovationen angewiesen ist. Wie sollen verunsicherte und demotivierte Belegschaften die Identifikation mit ihrer Arbeit aufbringen, ohne die keine Innovationsfreude aufkommt? Oder: Jeder Juastudent lernt im ersten Semester, dass der Vater, der das Familieneinkommen auf der Spielbank durchbringt, entmündigt werden kann. Doch wenn es die Wirtschaftspolitik im großen Stil zulässt, ja fördert, dass ein immer höherer Anteil der gemeinsam erarbeiteten Erträge auf dem Roulette internationaler Börsen und Spekulationsplätze verschwindet und für Reinvestitionen in die reale Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung steht, nennt man dies "Reform" oder "Riester-Rente". Von Goethe stammt der Ausdruck: "Nichts ist schrecklicher als tätige Unwissenheit". Da hat er Recht.

3. In unseren Reihen wird darüber debattiert, ob das hier auf den Weg gebrachte Projekt "Linkspartei" heißen soll.

Für meine Person kann ich nur sagen: Wenn als "links" eine Politik bezeichnet wird, die gesellschaftliche Spaltung überwinden und Diskriminierung verhindern will, wenn links das Projekt einer Gesellschaft ist, in der alle die gleichen Chancen der persönlichen Entfaltung haben und in Würde leben können, dann bekenne ich mich dazu. Doch fürs Erste können wir viel bescheidener sein. Es wäre schon viel gewonnen, wenn endlich Rationalität walten würde, wenn volkswirtschaftliche Vernunft einkehren könnte – statt in diesem Hexensabbat betriebswirtschaftlicher Borniertheit die Gesellschaft zu atomisieren. Wir schicken uns an, Europa eine neue Plattform zu geben, u.a. in Gestalt einer Verfassung. Wie wäre es, die Politik der europäischen Länder würde sich auch nur einmal im Jahr an Prinzipien der europäischen Aufklärung erinnern und den Mut aufbringen, sich des eigenen Verstandes zu bedienen.

4. Die anwesende Presse mag mir nachsehen, wenn ich in diesem Zusammenhang einen Stoßseufzer loswerde. Ich schicke voraus: Es hilft nicht weiter, sich in Medienschelke zu verlieren. Die Medien sind im Prinzip nicht besser als die Gesellschaft. Wenn etwa der DGB vor zwei Jahren erklärte, die Hartz-Vorschläge wiesen in die richtige Richtung, wird man von den Medien keinen Einspruch erwarten dürfen. Auch erwarten wir in keiner Weise, dass Journalisten im politischen Geschäft Partei ergreifen und uns etwa besonders wohlgesonnen sind. Nein, meine Bitte ist viel bescheidener: Es wäre schon viel erreicht, wenn sich Journalisten des Handwerkzeugs erinnerten, dass sie in ihrer Ausbildung gelernt haben.

Wie wäre es, wenn auch nur einmal hinterfragt würde, ob die von Herrn Sinn oder einem Arbeitgebersprecher beschworene Lohnhöhe, die Dauer der Arbeitszeit, die Länge des Urlaubs die entscheidenden Standortfaktoren sind, oder ob nicht vielmehr die Lohnstückkosten die maßgebende Größe darstellen; und diese sinken in der

Bundesrepublik seit Jahren. Oder: Recherchieren sie doch nur ein einziges Mal, welche Bewandnis es mit Auslandsinvestitionen hat, worin sie vornehmlich bestehen: in der Verlagerung von Arbeitsplätzen oder im Aufkauf ausländischer Unternehmen? Zu welchen Zielen sie durchgeführt werden: aus Kostengründen, um vom Ausland aus den inländischen Markt zu bedienen, oder nicht vielmehr, um ausländische Märkte zu erobern? Oder: Gehen sie doch nur einmal ins Archiv und vergewissern sie sich, in welcher Kette von einzelnen Gesetzen seit 1986 der Kündigungsschutz aufgeweicht wurde. Mit welchen vollmundigen Versprechungen jede Erleichterung versehen wurde; und prüfen sie nach, ob auch nur eine jener Beschäftigungsprognosen eingetreten ist. Wohlgermerkt, wir erwarten keinen Beifall für unser politisches Programm, wir erwarten keine Unterstützung; was wir jedoch erwarten, ist das ganz normale journalistische Handwerkzeug. Kein Sportjournalist käme etwa auf die Idee, eine Niederlage des 1. FC Bayern mit den Sonnenflecken in Verbindung zu bringen; doch im Wirtschaftsteil unserer Zeitung wird uns solches täglich zugemutet.

5. Nun geben auch wir uns nicht der Illusion hin, dass allein die besseren Argumente die Verhältnisse zum Tanzen brächten. Natürlich stecken hinter der Politik, so borniert sie auch sein mag, wirtschaftliche Interessen. Natürlich gibt es Leute, die verdienen am Verlust volkswirtschaftlichen Denkens. Und es gibt Kreise, die haben gar kein Interesse daran, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Sinnfällig zeigte sich dies jüngst am Beispiel VW: Am gleichen Tag, an dem die IG Metall mit VW einen beschäftigungssichernden Tarifvertrag abschloss, sanken die Börsenkurse. Deutlicher können die unterschiedlichen Interessen, die diese Gesellschaft beherrschen, nicht auf den Punkt gebracht werden.

Doch lasst uns die List der Demokratie nutzen: Die Politik im demokratischen Gemeinwesen braucht stets die Loyalität der Mehrheit. Das ist der wesentliche Grund, weswegen auch noch der abgefemtteste Vorschlag des Sozialabbaus als Beitrag zum gemeinen Besten ausgewiesen wird. Selbst Herr Clement und Frau Merkel kommen nicht umhin, ihre Vorschläge damit zu begründen, sie dienen der Beschäftigung. Packen wir sie an ihren Widersprüchen! Und es ist ein Widerspruch, "Reformen" auf den Weg zu bringen, die genau das zerstören, das zu erreichen sie vorgeben. Es ist ein Widerspruch, durch Druck auf Löhne und Gehälter und durch Leistungskürzungen die Arbeitslosigkeit überwinden zu wollen, sie wird sich im Gegenteil, wie in der Vergangenheit, weiter verschärfen.

Wenn diese Gemeinschaft finanzielle Probleme hat, so rühren sie nicht aus einem vermeintlich überbordenden und nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat. Die Sozialleistungsquote hat sich in den letzten dreißig Jahren stabil gehalten, trotz deutscher Einigung und wachsender Arbeitslosigkeit. Nein, wenn finanzielle Probleme bestehen, so hängen sie damit zusammen, dass es sich keine Gesellschaft auf Dauer leisten kann, mit milliardenschweren Vergünstigungen privaten Reichtum zu subventionieren. Hier liegen die Wurzeln beispielsweise der obszönen Einkommens- und Vermögensverteilung, die selbst der Bundespräsident hin und wieder kritisch anspricht. Der 1. Januar 2005 ist in dieser Hinsicht von geradezu zynischer Symbolkraft: Am selben Tag treten Hartz IV und die Senkung des Spitzensteuersatzes in Kraft! Deutlicher kann nicht auf den Begriff gebracht werden, gegen wen und für wen die Politik agiert. Wenn wir dies kritisieren, so nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern zugleich im Interesse volkswirtschaftlicher Vernunft.

3.

Bei alledem sind wir nicht allein. Richtig ist: Wir haben eine faktische Allparteien-Koalition. Wir verzeichnen eine Berichterstattung in den Medien, die in ihrem neoliberalen Weltbild von einer erschreckenden Konformität ist. Richtig ist aber auch: Die Mehrheit verweigert sich. Die Mehrheit zeichnet keine Riester-Rente. Die Mehrheit sieht in der sog. Gesundheitsreform keinen Fortschritt. Die Mehrheit lehnt Hartz IV ab. Die Mehrheit hält an Prinzipien sozialstaatlichen Schutzes fest. Die Folge ist: Eine immer größere Zahl der Bürger geht nicht mehr zur Wahl. Kurzum: Der demokratische Lümmel zeigt sich widerständig. Und das ist gut so.

Nun wissen wir: Allein aus Ablehnung folgt kein Aufbruch. Im Gegenteil, wenn die politische Orientierung fehlt, können Menschen, die von sozialem Abstieg bedroht sind, von rechtsextremen Parolen angezogen werden. Es ist ja so bequem, die eigene Verunsicherung scheinbar zu überwinden, indem man nach unten tritt. Auch deshalb ist es im Interesse unserer Demokratie überlebenswichtig, eine demokratische und sozialstaatliche Opposition zu entwickeln.

1. Protest und Verteidigung des Bestehenden reichen nicht. Die Gewerkschaften können ein Lied davon singen. Protest macht bestenfalls die Stimme rau; und in den Gräben der Verteidigung gewöhnt man sich an den gebückten Gang. Nein, Protest allein entwickelt nicht die Kraft, die Zukunft zu erobern. Damit bin ich bei einem wichtigen Aspekt der bevorstehenden Arbeit: Es gilt ein Gegenbild zur gegenwärtigen Politik zu entwickeln. Die Menschen wollen nicht wissen, wogegen wir sind, sondern wohin wir wollen. Wir sollten uns also nicht über den Gegner definieren! Es reicht auch nicht, unsere Identität im Verhältnis zu den Konkurrenten zu entwickeln. Nein, es gilt eigene Leitbilder zu entwickeln.

2. Lasst mich das an einem Beispiel deutlich machen: Vor wenigen Tagen hörte ich von einer Staatssekretärin des Landes Berlin die bemerkenswerte Feststellung: Kennzeichen der rot-grünen Politik sei es, "die Menschen aus Versorgungsabhängigkeit zu befreien"! Das ist ein alter Trick: Schon immer versuchte man, soziale Sicherheit und kollektiven Schutz als Freiheitsbeeinträchtigung zu denunzieren. Nur war das bislang das Geschäft des bürgerlichen Lagers; nunmehr finden wir diese Erklärungsmuster auch bei Sozialdemokraten. Man sieht: die SPD geht mit der Zeit!

Ich setze dagegen: Keine Angst vor Altersarmut zu haben, im Falle von Krankheit und Invalidität nicht ins Bodenlose zu fallen, bei länger dauernder Arbeitslosigkeit nicht zum Wohnungswechsel gezwungen zu sein – dies und vieles andere mehr gehört zum aufrechten Gang in dieser Gesellschaft. Den Kindern, den Partnern, den Eltern im Alter oder im Falle sozialer Not nicht auf der Tasche zu liegen, sondern eigene Ansprüche auf Sicherung des Lebensstandards zu haben – dies durchgesetzt zu haben, war einmal ein Meilenstein emanzipatorischen Fortschritts. Desgleichen gehört es zur Unabhängigkeit der Person und zum aufrechten Gang im Betrieb, sich gegen willkürliche Entlassungen wehren zu können, sich auf Tarifverträge verlassen zu können oder zu wissen, dass im Betrieb Betriebs- und Personalräte Rechte haben, um die Belange der Beschäftigten wahrzunehmen. Es geht um die uralte Einsicht: Demokratische und bürgerliche Freiheiten entfalten sich erst dann, wenn gleichzeitig die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen geschaffen sind, um von diesen Freiheiten Gebrauch zu machen. Der Sozialstaat ist zu allererst eine freiheitliche Veranstaltung. Ja, Hauptaufgabe des Sozialstaats ist es, durch gesellschaftliche Einrichtungen und Leistungen, durch ein System der sozialen Vorsorge und durch arbeitsrechtlichen Schutz die gesellschaftlichen Bedingungen für die freie Entfaltung der Person zu schaffen. Lasst uns wieder diese Dimension der Freiheit in Erinnerung rufen. Dies gilt erst recht angesichts der Perversion des After-

Liberalismus unserer Tage, der Freiheit allein zur Marktfreiheit verkommen lässt und die Autonomie der Person mit Schnäppchenjägerei einer Ich-AG verwechselt.

Auch hier springt uns ein Widerspruch in die Augen: Hartz IV wurde mit dem politischen Ziel begründet, mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen. Doch das Gegenteil wird bewirkt: Hunderttausende werden zum Objekt einer gängelnden Bürokratie und eines disziplinierenden Obrigkeitsstaates.

Lasst mich bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen: Wer auch immer gegen eine Politik des Sozialabbaus aufsteht, wird nur dann und nur solange glaubwürdig sein, als er den Blick von ganz unten nicht aufgibt. Auch wenn viele von uns die gewerkschaftliche Verankerung nicht verleugnen können und auch gar nicht sollen, eine sozialstaatliche Alternative muss neben dem Arbeiter und dem Angestellten, also denen, die – noch – Arbeit haben, der Migrantin, dem Asylbewerber, den Obdachlosen wie dem Sozialhilfeempfänger zur Seite stehen. Für die Gewerkschaften gilt ein klassisches Wort des Evangeliums: Was ihr den geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan. Lasst uns dieses Wort zur Maxime auch einer politischen Alternative machen.

Wir kennen die Parole vom Reformstau und der Notwendigkeit, u.a. die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren. Auch wir sehen Reformbedarf, doch nicht etwa dergestalt, dass soziale Leistungen eingeschränkt werden, sondern dass ihre Basis verbreitert und den gewandelten Erwerbsbiografien angepasst wird. Oftmals orientieren sich die in der Vergangenheit durchgesetzten Institutionen noch am sog. Normal-Arbeitsverhältnis, das bezeichnenderweise in einer patriarchalischen Gesellschaft nur den wenigsten Frauen vergönnt war und ist. Hier gilt es, endlich für Gerechtigkeit zu sorgen, und allgemein die soziale Sicherung künftigen mehr und mehr sich durchsetzenden unsteten Erwerbsbiografien anzupassen.

3. Es wird aller Voraussicht nach eine weitere Hauptaufgabe sein, neben der Freiheit und ihrer sozialen Dimension das Verfassungsgebot der Gleichheit zu verteidigen. Wohlstand definiert sich ja nicht allein durch Kaufkraft und Tarif-Erfolge. In wachsendem Masse hängt unser aller Wohlstand von der Funktionsfähigkeit und dem breiten Angebot öffentlicher Leistungen und von Einrichtungen der Infrastruktur ab. Es ist eine alte, auch heute noch gültige Erkenntnis: Gesundheit, Bildung, kulturelle Leistungen, die Entfaltung musischer Fähigkeiten, eine öffentliches, umweltschonendes Verkehrssystem und vieles andere mehr sind keine Waren, deren Inanspruchnahme vom Geldbeutel abhängt. Hier gilt es, neue soziale Grenzen und Selektionen zu verhindern.

Auch aus diesem Grunde wehren wir uns gegen die Besessenheit, mit der derzeit ein Stück nach dem anderen aus dem Bereich der öffentlichen Infrastruktur privatisiert wird – natürlich nur, soweit private Rendite winkt. Dabei geht es nicht nur um Eigentumstitel, sondern im Kern um die Frage, nach welchen Maßstäben der Versorgungsgerechtigkeit und der Breitenförderung Leistungen der Gesundheitsvorsorge, der Bildung, des Sports, der Kultur, des Verkehrs entwickelt und angeboten werden. Ein maßgebendes Prinzip muss dabei die Gleichheit sein. Ich spreche das deshalb an, da genau das Verfassungsgebot der Gleichheit in zunehmendem Maße und mit wachsender Dreistigkeit in Frage gestellt wird; der Vorsitzende des Sachverständigenrates setzt sich beispielsweise unverhohlen dafür ein, "mehr soziale Ungleichheit" zu schaffen.

4. Die Vision einer anderen Gesellschaft mit menschenwürdigen Bedingungen ist kein Auftrag für akademische Hinterzimmer; auch eine Programm-AG kann dies nicht leisten.

a) Wir brauchen, um glaubwürdig auftreten zu können, ein Höchstmaß an Offenheit und Vielfalt in den eigenen Reihen. Da ist es gut zu wissen, dass wir aus unterschiedlichen Kulturen stammen. Da kann es produktiv sein, dass wir unterschiedliche Wurzeln haben und aus unterschiedlichen Strömungen kommen. Das bedeutet zugleich, wir müssen die Differenz in den eigenen Reihen aushalten und unterschiedliche Interpretationen der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit verkraften. Eine Partei ist kein Orden für die reine Lehre einer bestimmten volkswirtschaftlichen Doktrin. Natürlich darf nicht vergessen werden: Wann immer eine Alternative, die sich anschickt, zur politischen Kraft zu werden, zu konkreten Forderungen und Vorhaben gefordert ist, sind Abstimmungen nötig und gilt Verbindlichkeit. Es ist die Kunst all derer, die in Zukunft Verantwortung tragen, die Balance zwischen verbindlichen Projekten auf der einen Seite und der produktiven Offenheit für weitere Entwicklungen andererseits herzustellen.

b) Die wohl wichtigste Aufgabe wird es sein, die gesellschaftliche Verankerung zu halten, zu vertiefen und zu verbreitern. Wenn wir den Mut zur konkreten Utopie aufbringen müssen, so kann diese nur aus gesellschaftlichen und sozialen Erfahrungen und Konflikten und aus deren Verallgemeinerung gewonnen werden. Wir kritisieren ja gerade am herrschenden Politik-Betrieb den durchgängigen Realitätsverlust.

Neuerdings spricht man in der Auseinandersetzung mit bestimmten Erscheinungen des Islamismus von "Parallel-Gesellschaften" – unter sträflicher Ausklammerung der sozialen Bedingungen, unter denen z.B. junge Menschen hierzulande aufwachsen. Wer keine berufliche Perspektive hat, sucht allzu leicht Zuflucht in Nischen, auch fundamentalistischer Religiosität. Statt einen Konflikt zwischen angeblich unvereinbaren Kulturen herbeizureden, tut es Not, Ausbildung und Arbeit zu schaffen, für junge Deutsche wie für junge Türken.

Zurück zum Begriff der Parallel-Gesellschaft. Wer den Politikbetrieb der letzten Jahre beobachtet, dem drängt sich der Eindruck auf, dass sich in Berlin-Mitte längst eine Parallel-Gesellschaft etabliert hat, bestehend aus politischen Akteuren und Medienschaffenden, die jeglichen Bezug zur Realität in den Betrieben und in der sozialen Wirklichkeit verloren haben.

c) Ich warne des weiteren vor Staatsillusionen. Als ob einige linke Repräsentanten in den Parlamenten von sich aus irgendetwas verändern könnten! Im schlimmsten Fall werden sie vereinnahmt. Im milderen Fall werden sie zerrieben. Und in jedem Fall werden sie totgeschwiegen. Sie haben nur dann eine Chance, ernst genommen, ja überhaupt wahrgenommen zu werden, wenn es ihnen gelingt, im gesellschaftlichen Vorfeld Konfliktfähigkeit zu entwickeln. Dies gilt erst recht angesichts des Umstandes, dass eine Wahlalternative auf lange Frist auf die Rolle verwiesen ist, gesellschaftliche und parlamentarische Opposition zu sein. Der Respekt vor dieser Opposition steht und fällt mit dem Grad der gesellschaftlichen Verankerung und der Präsenz in sozialen Konflikten. So halte ich die Frage, ob und wann bei Wahlen 5% erreichbar sind, sicher für ein abendfüllendes Thema. Doch wichtiger, geradezu existentiell ist die Frage, was denn geschieht, wenn die 5% übersprungen sind. Daher mein Appell: Lasst uns die Präsenz in der Gesellschaft, die Verankerung in sozialen Bewegungen, in Bürgerinitiativen und globalisierungskritischen Vereinigungen verstärken. Lasst uns Netzwerke schaffen und weiter ausbauen. Dies

alles setzt einen langen Atem voraus; ich warne vor dem blinden Glauben an den schnellen Erfolg.

5. Zur Breite der politischen Verankerung gehört auch die Grenzüberschreitung. Ein wesentlicher Knüppel zur Durchmarktung der Gesellschaft ist die Standortkonkurrenz. Hier stehen wir, ebenso wie die Gewerkschaften, vor der mühsamen Aufgabe, zum einen Aufklärung zu leisten, beispielsweise über Sinn und Unsinn von Kapitalexpert und dessen Dimension. Zum anderen Bindungen herzustellen zu Strömungen, Initiativen und Gewerkschaften jenseits unserer Grenzen. Gäbe es einen stärkeren Schulterschluss, fiel es manchen Konzernen nicht so schwer, eine Belegschaft gegen die andere, einen Standort gegen den anderen auszuspielen.

Im Übrigen gilt: Es bestehen in allen europäischen Ländern die gleichen Herausforderungen. In einigen Ländern ist es Gewerkschaften und sozialen Organisationen gelungen, den Regierungen beim Abbau sozialer Leistungen in den Arm zu fallen. Ich denke beispielsweise an Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich, jüngst Österreich; hier haben die Gewerkschaften zum Streik aufgerufen, zum Teil mit beachtlichem Erfolg. Die Aufgabe einer europäischen demokratischen Opposition muss es sein, auch über die Grenzen hinweg einen Schulterschluss herzustellen. Das gilt erst recht im Vorfeld einer europäischen Verfassung, die ihrerseits geradezu ein Monstrum an neoliberaler Regulierungswut ist.

6. Lasst uns daher aufstehen gegen den Mythos der Alternativlosigkeit, jenem Dauer-Schnarchton der politischen Klasse. Wer behauptet, es gäbe Sachzwänge in der Politik, versucht seine eigenen Interessen zu verbergen und sie vor politischen Veränderungen abzuschirmen. Nur, wenn Politiker im großen Stil sich diesen Fatalismus aneignen, drohen Gefahren für die Demokratie. Ich erinnere mich lebhaft, wie J. Fischer zur Eröffnung des letzten ver.di-Gewerkschaftstages den protestierenden Delegierten entgegenrief: "Glaubt Ihr etwa, Politik gegen die Finanzmärkte machen zu können?!" Ich setze dagegen: Ja, und dazu haben wir ihn gewählt. Aufgabe der Politik war und ist es, die Belange einer humanen Gesellschaft gegen das Rendite-Diktat und gegen die Spekulationserwartungen der Finanzmärkte durchzusetzen. Dies ist nicht nur ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, sondern auch der Demokratie. Wir kennen das Wort Kurt Tucholskys: Man kann einen Menschen auch mit einer Wohnung erschlagen. Und man kann eine Demokratie unter der Doktrin der Alternativlosigkeit ersticken. Wäre diese Doktrin richtig, könnten wir uns Wahlen sparen und die Regierungsgeschäfte gleich dem IWF oder einem seiner Statthalter anvertrauen.

Vorboten der Entdemokratisierung sind allenthalben sichtbar, z.B. in der Entmachtung der Parlamente und der Delegation von präjudizierenden Entscheidungen auf sog. Expertenkommissionen. Nur sind diese Experten durch nichts legitimiert, am allerwenigsten übrigens durch ihren Sachverstand. Mitunter bewegt sich deren Sachverstand auf einem Niveau, dass wir uns intellektuell beleidigt fühlen müssen. Alles in Allem: Es gibt Alternativen. Unser Land braucht Alternativen. Dafür lasst uns arbeiten.

Detlef Hensche, langjähriger Vorsitzender der IG Medien, ist Rechtsanwalt für Arbeitsrecht in Berlin. Der Text ist sein Referat auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit am 20./21. November 2004 in Nürnberg.

Der Vortragstext erschien in der Printausgabe 6/2004 der Zeitschrift Sozialismus und ist bei www.sozialismus.de auch online verfügbar.